

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesfa.
Gesetz Nr. 2.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1530
Stroßstraße Riesfa Nr. 52.

Nr. 245.

Mittwoch, 19. Oktober 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Postgebühren. Einzelnummer 30 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochentagen nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundstichzeile (7 Spalten) 1.50 Mark, Ortspreis 1.25 Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachwehlungs- und Vermittlungsgebühren 50 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Die Druckerei, der Verleger oder der Veräußerer der Zeitung sind nicht verpflichtet, die Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesfa.

Verkauf von Kartoffeln an Bedürftige.

Uns steht, voraussichtlich letztmalig in diesem Kalenderjahre, noch ein mäßiger Vorrat Kartoffeln vom Rittersgut zur Verfügung. Diese sollen zu einem billigen Preise abgegeben werden. Bezugsberechtigt sind nur solche, eigenen Haushalt führende, Einwohner Riesfas, die ein Jahresinkommen haben.

- a) Einkommende bis zu 2500 M.
- b) Ehepaare und Personen mit 2 oder mehr unterhaltsbedürftigen Kindern bis zu 4000 M.

Anträge von hiernach noch nicht vorklassifizierten Bezugsberechtigten werden bis spätestens **Montag, den 24. Oktober 1921, mittags 12 Uhr**, im Rathaus, Zimmer Nr. 10, entgegengenommen. Die Antragstellung hat durch Ausfüllung eines auf dem Rathaus erhältlichen Vordruckes zu geschehen. Später eingehende Anträge bleiben unberücksichtigt.

Der Rat der Stadt Riesfa, den 18. Oktober 1921. Ohm.

Allgemeine Rattenvertilgung im Stadtbezirk Riesfa betr.

Der seit Anfang dieses Monats im Stadtbezirk Riesfa zur Vertilgung der Ratten tätige gewesene Kammerjäger Gödel aus Chemnitz wird am 24. Oktober 1921 zur Übernahme der etwa erforderlichen Nachlegungen des Ratentöblers nach hier kommen.

Wir fordern deshalb sämtliche Besitzer von Grundstücken, die nach der erfolgten Auslegung des Rattenföblers weitere Ratten in ihren Grundstücken wahrgenommen haben, auf, zwecks Vornahme einer unentgeltlichen Nachlegung dies bis zum **22. Oktober 1921 im Rathaus — Polizeiamt —** zu melden.

Gleichzeitig geben wir noch bekannt, daß der in verschiedenen Grundstücken etwa noch ausliegende Rattenföbler unschädlich zu vernichten ist.

Der Rat der Stadt Riesfa, am 19. Oktober 1921. R.

Um einen genaueren Überblick über die Wohnungs-Verhältnisse in der Gemeinde zu erhalten, werden in diesen Tagen **Wohnungs-Fragebogen** an die Grundstückbesitzer ausgeben.

Die Grundstückbesitzer sind verpflichtet, die Fragebogen an die Wohnungsinhaber sofort auszufüllen. Wohnungsinhaber, die keinen Fragebogen zugesandt erhalten, haben sich binnen einer Woche selbst im Gemeindeamt in Zimmer Nr. 6 ein Formular des Fragebogens abzuholen.

Für jede selbständige Wohnung ist ein Fragebogen von dem Wohnungsinhaber gewissenhaft und wahrheitsgetreu auszufüllen und spätestens binnen einer Woche nach der Aufstellung im Gemeindeamt in Zimmer Nr. 6 (Wohnungsamt) wieder einzureichen.

Die nicht sach- und fristgemäße Ausfüllung dieses Fragebogens sowie die Weigerung zur Ausfüllung und Einreichung des Fragebogens wird in jedem Falle mit einer Ordnungsstrafe bis zu 75 M. bestraft.

Gröba (Elbe), am 17. Oktober 1921. Der Gemeindevorstand.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesfa

Bahnstraße Nr. 17, Tel. Nr. 40.

Arbeitsstellen für Frauen vorm. 8-10, für Männer 10-12 Uhr.

Offene Stellen für: 1 Maurer, 1 Anfertiger, 5 Böttcher, 1 Klempner, 1 Sattler, 1 Schlosser, 1 Elektromonteur und Schmelzer, 2 Möbelsticker, 1 Buchbinder, 1 Putzmeister, 1 Schreiner, 2 perfekte Stenotypistinnen, 1 Handlungsgeschäft aus der Schuhwarenbranche, 1 Hauswirtschafterin, 1 Putzfrau, 3 Dienstmädchen und Hausmädchen, mehrere Landw. Verdenburischen und Ruedte sowie Dienstmädchen für die Landwirtschaft gegen Tariflohn.

Vertikales und Sächsisches.

Riesfa, den 19. Oktober 1921.

Konflikt im Stadtverordneten-Kollegium.

Die gestrige Sitzung mußte wegen Unzufriedenheit ausfallen.

In der für gestern abend anberaumten öffentlichen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums fehlte die gesamte bürgerliche Fraktion, ferner von der Linken der Stadtverordnete Schneider. Der Rat war in der üblichen Weise durch Herrn Bürgermeister Dr. Schneider und Herrn Stadtrat Schneider vertreten, auch Herr Stadtratsrat Quenkel war anwesend. Der Sitzungssaal war gut besucht. Nach Eröffnung der Sitzung verlas Herr Vorsteher Günther das nachstehende von der Linken eingegangene Schreiben:

An den Herrn Stadtverordneten-Vorsteher Riesfa.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung (am 27. Sept. ds. Jrs.) blieb unter berechtigter Anwesenheit der bürgerlichen Fraktion des Kollegiums auf Entsendung eines der beiden Abgeordneten zum Sächsischen Gemeinderat in Chemnitz unberücksichtigt, sodas uns die Möglichkeit abgeschnitten wurde, uns über die dort zur Verhandlung stehenden wichtigen Gemeindegeldangelegenheiten ebenfalls durch persönliche Teilnahme eines der Unseren zu unterrichten.

Nach parlamentarischem Brauch und demokratischen Grundgesetzen hätte uns dieses Mandat unbedingt überlassen werden müssen. In Anerkennung dieser Grundgesetze stimmten wir ja auch für einen mehrheitssozialistischen Abgeordneten.

Auf unseren Vorhalt ließ aber die mehrheitssozialistische Fraktion durch ihren Sprecher, Herrn Schneider, erklären, daß sie unserem berechtigten Anspruch nicht Folge gebe, sondern sie habe jetzt die Macht und werde sie gebrauchen.

Ausdrücklich stellen wir deshalb hiermit fest, daß also für die Sozialdemokratie alle ihre in Wahlkämpfen, Reden und Schriften abgegebenen Erklärungen über Durchführung parlamentarischer und demokratischer Grundgesetze nichts als Schlagworte sind und im gegebenen Falle einfach verleugnet werden.

Den Anspruch als sozialdemokratische Partei macht die Fraktion nach ihrem Vorgehen zu Unrecht geltend, indem sie Macht vor Recht und Gerechtigkeit stellt.

Die bürgerliche Fraktion vertritt nach dem Ausfall der letzten Stadtverordnetenwahl nahezu die Hälfte der Einwohnerzahl Riesfas und kann um ihrer Selbstachtung willen nicht ruhig zusehen, wenn sie auf diese Weise einfach vom Machtstandpunkt aus verzwängt wird.

Da für die sozialdemokratische Fraktion nicht der Wille zu gemeinsamer Arbeit im Interesse der gesamten Bevölkerung, sondern lediglich der Partei- und Machtstandpunkt für die Entschlüsse in den Stadtverordnetenversammlungen maßgebend ist, wie sie schon mehrfach bewiesen hat und jetzt ausdrücklich öffentlich erklären ließ, so bleibt uns zur Vermeidung weiterer Vergewaltigungen kein anderer Ausweg übrig, als die fernere kollegiale Mitarbeit durch Fernbleiben von den Sitzungen einzustellen und der Macht zu weichen.

Die Verantwortung für diesen Schritt, den wir im Hinblick auf die Interessen der Einwohnerzahl einstimmig, aber nur schweren Herzens geben, fällt lediglich der mehrheitssozialistischen Fraktion zur Last, ebenso wie sie nunmehr vorläufig auch die Verantwortung für die Tätigkeit des Stadtverordnetenkollegiums übernimmt, bis uns Zu-

sicherungen gegeben werden, daß in Zukunft wirklich demokratisch verfahren werden soll.

Hochachtungsvoll

Die bürgerl. Fraktion d. Stadtverordnetenkollegiums Riesfa. Meinde.

Herr Stadtrat Richter erklärte, der Vorwurf, daß nicht demokratisch verfahren worden sei, sei nicht genügend begründet, denn die Bürgerlichen seien in Chemnitz durch Herrn Bürgermeister Dr. Schneider vertreten gewesen. Von dem Standpunkt, den die Rechte jetzt hervorhebt, habe sie früher nichts wissen wollen. Herr Richter bemerkte, daß Herr Schneider das gar nicht gesagt habe, was man ihm vorwerfe. Er habe nur erklären wollen, daß es das gute Recht der Sozialdemokraten sei, für den Unabhängigen zu stimmen, und wenn Schneider gesagt habe, wir haben die Macht, so habe er nur sagen wollen, daß er den Unabhängigen mehr Vertrauen entgegenbringe als den Bürgerlichen. Wenn derartige prinzipielle Fragen zur Verhandlung ständen wie in Chemnitz, dann habe die Linke dafür zu sorgen, daß ihre Auffassung zur Geltung komme. Herr Stadtrat Richter legte Verwahrung gegen den Vorwurf ein, daß die Sozialdemokratie gegen eine gemeinsame praktische Arbeit sei. Herr Stadtrat Schönborn weist darauf hin, daß Herr Schneider keine Reue zeigen erkläre, nachdem von Herrn Schinkel eine Erklärung abgegeben worden war, in der er der Linken Vorwürfe gemacht habe. Herr Vorsteher Günther erklärt, daß die Rechte gewußt habe, wie die Verhältnisse im Kollegium liegen und daß die Linke zusammengehe, sie hätte daher vorher den Weg der Vereinbarung suchen sollen. Die Arbeit des Kollegiums sei schon einmal durch die Bürgerlichen längere Zeit gestört worden, jetzt solle wieder eine Zeit kommen, wo nichts beschlossen werden könne. Der Vorsteher erklärte schließlich, daß die Sitzung, da nur 10 Mitglieder anwesend seien, abgebrochen werden müsse. Die neue Sitzung soll möglichst bald einberufen werden. — Das Kollegium ist bei volljähriger Anwesenheit der Linken beschlußfähig.

Schluß der Sitzung gegen 1/7 Uhr.

— **Beförderungen beim Amtsgericht.** Die Verwaltungsspektoren Zimmermann und Sugo wurden zu Hauptamtsmännern ernannt.

— **Strassenbahnunfall.** Gestern nachmittag in der 4. Stunde ist ein Wagen der hiesigen Straßenbahn durch den Kraftwagen einer hiesigen Verladefirma erheblich beschädigt worden. Der Kraftwagen wurde aus dem Hofe des „Deutschen Hauses“ rückwärts herausgeschoben. Im selben Augenblick passierte die Straßenbahn auf der Fahrt nach der Stadt die betr. Stelle. Durch den Anprall wurde der Hinterräder des Straßenbahnwagens fast völlig abgerissen. Da das Untergesetz nicht beschädigt ist, konnte der Wagen nach dem Depot gefahren werden. Fahrgäste sind bei dem Unfall nicht verletzt worden. — Ferner wurde von einem Kraftwagen der Obsterweiterungsgenossenschaft Domnach am Vormittag ein Wasserleitungsbauwerk vor dem Grundstück der Eisenhandlung Eckert und Donner in der Goethestraße beim Umlenken angefahren und erheblich beschädigt, sodas die Wasserleitung im genannten Straßenteil mehrere Stunden eingestellt werden mußte.

— **Elbe-Oberkanal.** Über den Verlauf der künftigen in Berlin abgehaltenen Mitgliederversammlung des Elbe-Oberkanalvereins berichtete in der letzten Sitzung des Bezirksausschusses in Meißen Herr Amtshauptmann Tietze. Der Verein sei seit der letzten Vertreterversammlung nicht untätig gewesen und an weitere Stellen heranzutreten, um Mittel zur Ausarbeitung des Planes — weitere Ziele habe er sich nicht gesetzt — zu sammeln. Von Interesse sei, daß von der Verfolgung des ursprünglichen Planes, den Kanal bei Köpchenbröda-Niederwartha von der Elbe abzuzweigen, durch das Dresden-Meißner Industriegebiet zu führen, Rücksicht hinter dem Spargelberge dem Laufe des Fürstengrabens folgend, bis zum Winterhafen und von da entlang und neben der Elbe in der Richtung nach Diesbar-Weischwitz und von da nach Frankfurt a. d. Oder oder weiterzuführen, abgesehen worden sei, nachdem gegen dieses auch überflüssige Projekt verurteilende Projekt unter anderem auch von der Amtshauptmannschaft Meißen lebhaftes Bedenken geäußert worden seien. Man habe eingesehen, daß es keinen Zweck habe, den Kanal erst 30 Kilometer an der

Elbe hinzuführen, wodurch auch das Landschaftsbild wesentlich geändert werden würde. Nach dem neuen Plan zweige der Kanal erst bei Weischwitz von der Elbe ab. Oberhalb Weischwitz solle die Elbe auf eine Strecke von 40 Kilometern kanalisiert werden. Bei Diesbar und bei Niederwartha sei der Einbau von Wehren gedacht. Das Wehr bei Niederwartha würde das Elbwasser bis nach Dresden zurückhalten. Dieser Plan entspreche auch den Interessen des Meißner Bezirkes viel mehr, als das erste Projekt. Um auf dem neuen Wege weiter vorwärts zu schreiten, sei es wünschenswert, die in Frage kommenden Vertreter der Industrie- und Kohlenbezirke heranzuziehen und die Reichs- und Landesstellen für das Projekt mehr zu interessieren. In der kürzlich abgehaltenen Mitgliederversammlung sei als Vertreter für Sachsen Stadtbaurat Dr. Fied in Dresden in den Vorstand gewählt worden. In dem dem Vorstand zur Seite stehenden Ausschuss habe auch der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Meißen einen Sitz erhalten. Weiter seien den größten beteiligten Städten, den Handelskammern, den Industrie- und anderen Interessensvertretungen Sitz eingeräumt worden.

— **Verkürzung des Weges zwischen Erzeuger und Verbraucher.** In einer Besprechung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Hoffmann wurde die Möglichkeit einer engeren geschäftlichen Verbindung zwischen Erzeuger- und Verbraucher-Organisationen auf Grundlage der freien Wirtschaft besprochen. Während der Kriegswirtschaft war bereits die Lösung der Frage der unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbraucher-Organisationen, insbesondere zum Zwecke der Ausbesserung aller unzulässigen Zwischenglieder sowie des unrentablen Handels, dringlich gefordert worden. Aber die Bildung gemeinschaftlicher Zwangsorganisationen, die zu diesem Zweck gebildet wurde, ließ auf härtesten Widerspruch und ist heute nach dem Abbau der Zwangswirtschaft und Bürokratisierung der Lebensmittelversorgung ganz unmöglich. Es konnte aber der Weg der gegenseitigen Verständigung zwischen Erzeuger- und Verbraucher-Organisationen beschritten werden. Und das ist mit Erfolg geschehen von den großen landwirtschaftlichen Genossenschafts-Organisationen und den Konsumgenossenschaften, trotzdem nicht zu verkennen ist, daß während des Abbaues der Zwangswirtschaft manche Hindernisse den vielseitigen Versuchen, durch unmittelbaren Geschäftsverkehr den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher abzukürzen, entgegenstanden. Die Sachverständigen aus landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaftlichen Kreisen erarbeiteten eingehend Bericht über die Erfolge und Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung. Im Allgemeinen war man der Ansicht, daß die Vorbedingungen dazu gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Lage Deutschlands größte Ersparnis auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens erfordert, günstiger als je sind. Dies trifft insbesondere für den Verkehr mit Kartoffeln, Vieh, Milch und Milchprodukten zu. Die Frage der Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse müsse in der Hauptsache innerhalb der einzelnen Bezirke, Provinzen und Landesstellen gelöst werden. Dazu aber sollten sich die Verbraucher-Organisationen aller Art mit den Erzeuger-Organisationen in Verbindung setzen, um eine möglichst rasche Geschäftsbildung, insbesondere beim Verkehr mit leichtverderblichen Waren, zu ermöglichen. Ferner müßte innerhalb größerer Bezirke bei manchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, — so bei Kartoffeln und Vieh, — ein Ausgleich geschaffen werden, wo in den einzelnen Bezirken und Provinzen die benötigten Waren nicht in genügender Menge vorhanden wären. Um die unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbraucher-Organisationen zu fördern, wollten die Vertreter der Spitzen-Organisationen der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften erneut in diesem Sinne auf ihre Unterorganisation einwirken, damit allseitig der so wichtigen Frage volle Beachtung geschenkt und in der Praxis auch dementsprechend gehandelt werde.

— **Der 9. November nicht dienstreif.** Auf den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, dem Landtage ein Gesetz vorzulegen, durch das der 1. Mai und 9. November als gesetzliche Feiertage anerkannt und festgelegt werden sollen, war die sächsische Regierung an die Reichsregierung mit einer diesbezüglichen Forderung herantreten. Im vergangenen Jahre war im Wege der Reichs-